



**Stellungnahme der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
zur Kampagne „Einstürzende Schulbauten“**

Deutschland ist ein Land mit großer Vielfalt, unterschiedlichen Traditionen und Mentalitäten. In Nord und Süd, in Ost und West. In ländlichen Regionen ebenso wie in Städten und Ballungsräumen. Diese Vielfalt ist ein wahrer Schatz, den CDU und CSU erhalten und mehren wollen. Das setzt gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland voraus. Niemand darf abgehängt sein, weil er oder sie in einer bestimmten Region zu Hause ist. Es muss möglich sein, überall in Deutschland gleichwertigen Zugang zu Bildung, Arbeit, zu öffentlicher Infrastruktur und zu Leistungen der Daseinsvorsorge zu haben, damit ganz Deutschland lebenswert ist und bleibt.

Die finanzielle Lage von Städten und Gemeinden in Ballungsräumen ist höchst unterschiedlich. Neben boomenden Städten mit Vollbeschäftigung und guter Finanzlage gibt es Städte und Kommunen, die unter dem industriellen Strukturwandel leiden und finanziell ausgeblutet sind. Wir finden uns nicht damit ab, dass freiwillige Leistungen eingeschränkt werden und die Qualität öffentlicher Einrichtungen wie Schulen und Betreuungseinrichtungen leidet.

Hilfe für diese Städte und Gemeinden ist auch eine gesamtstaatliche Aufgabe. Die unionsgeführte Bundesregierung hat daher einen Fonds in Höhe von insgesamt 7 Milliarden Euro geschaffen, durch den solche Kommunen, insbesondere bei der Instandsetzung von Schulen und Bildungseinrichtungen, unterstützt werden können. Da die Investitionen unmittelbar in die Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen fließen sollen, haben wir noch in der jetzt zu Ende gehenden Wahlperiode eine Ergänzung des Grundgesetzes verabschiedet. Eine neue Gemeinschaftsaufgabe wurde mit der Grundgesetzänderung jedoch nicht geschaffen. Bei den Verwendungszwecken im Rahmen des künftigen Artikels 104c Grundgesetz handelt es sich gerade nicht um bildungspolitische Maßnahmen, sondern ausschließlich um Finanzhilfen für finanzschwache Kommunen. Schulbildung ist nach der Ordnung des Grundgesetzes Ländersache und wird es bleiben.

Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse setzt die Gleichwertigkeit von Bildung voraus. Daher werden CDU und CSU neben dem Sanierungsprogramm für Schulen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG) in den nächsten vier Jahren eine „Digitale Bildungsoffensive“ vorantreiben, und zwar für Schüler, Auszubildende, Studenten und Lehrkräfte gleichermaßen. Dies gilt im Übrigen auch für Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer, die sich qualifizieren und weiterbilden wollen und müssen, weil lebenslanges Lernen schon heute eine Selbstverständlichkeit ist.

- Wir werden mit einem Digitalpakt dafür sorgen, dass unsere allgemeinbildenden und beruflichen Schulen über die erforderliche Ausstattung verfügen, um ausreichend junge Menschen auf ihr Berufsleben im digitalen Zeitalter vorzubereiten.
- Wir stellen sicher, dass bundesweit alle Schulen an das schnelle Internet angebunden sind. Das Gleiche gilt für Hochschulen.
- Wir unterstützen die Schaffung einer innovativen neuen Bildungs-Cloud, mit der wir über Deutschland hinaus neue Maßstäbe setzen werden.
- Wir werden die Länder dabei unterstützen, durch Weiterbildung von ausreichend Lehrerinnen und Lehrer die digitalen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler möglichst umfassend zu fördern.
- Wir legen eine „Nationale Weiterbildungsstrategie“ auf, die wir gemeinsam mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und zuständigen Stellen erarbeiten.